

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

105 (5.5.1928) Frauenfragen / Frauenschutz

# Frauenfragen - Frauenschutz

Nummer 105 / 48. Jahrgang

Beilage des Volksfreund

Karlsruhe, 5. Mai 1928

## Die Wahlpflicht der Frauen

Die Frauen, die den Ruf der Zeit vernommen haben, wissen, es ist nicht genügt, selbst zu erkennen, daß Stimmrecht Stimmgewalt bedeutet — es treibt sie, auch die Frauen unter den Mitbürgern zu überzeugen, sie aus ihrer Stumpfheit und Gleichgültigkeit herauszureißen, damit auch sie helfen, durch das Gewicht ihrer Stimmen bessere Zustände herbeizuführen. Dabei wiederholen immer wieder die gleichen Erfahrungen. „Ach, las mich in Ruhe mit deiner Politik“ bekommt man zu hören. „Daran verfolge ich mich nicht.“ Ich interessiere mich nicht dafür. „Ich habe genug zu tun, wenn ich für Mann und Kinder lerne.“ Den Frauen, die uns Antworten geben, — es gibt ihrer viele Tausende — gilt es, sie zu machen, daß sie ja gerade eine wichtige Pflicht erfüllen, die der Familie verläumet, wenn sie sich von aller Politik fernhalten. Nichts ist so verkehrt wie die Meinung, Verantwortung und Betreuung der Familie stehe im Gegensatz zur Teilnahme am politischen Leben! Die Gattin, die Mutter, die tiefes, wird alsbald erkennen, daß sie mit ihrem ewigen Kampf um den Einkommen der täglichen Lebensbedürfnisse sich doch am Ende in einen ausweilen Kreis dreht. Sätze der Arbeitstagen einen großen Anteil am gesellschaftlichen Ertrage, hätte das Geld mehr, so könnte die Frau ihre Familie besser ernähren und erziehen. Keine Mutter braucht ihre Kinder in menschenunwürdigen, überfüllten Räumen dahinsiechen zu sehen, wenn diejenigen, die die Verantwortung für die Erziehung der Kinder haben, nicht wichtiger ist als beispielsweise noch immer das Ausmaß der mütterlichen Gabe für militärische Zwecke oder für Rennpreise. Die Frau fühlt im Grunde, daß nichts so Wichtiges der Förderung des lebendigen Menschen gleich kommt. Deshalb kann und sollte jede Frau dafür gewonnen werden, nach dem „Was ist zu tun“, wenn sie ihren Kindern nicht die erforderliche geistige und körperliche Pflege zu geben vermag, wenn ihre eigenen besten Kräfte verfallen, weil in den Bewahungen, zu denen heute Hunderttausende herangezogen sind, unmöglich ein wirkliches Heim gestaltet werden kann.

Die Frauen, die die wahren Zusammenhänge zwischen ihrer Arbeit und der Führung der sozialdemokratischen Politik noch nicht erkannt haben, pflegen nicht in die Wahlvereine zu gehen, in denen sie eines besseren belehrt werden könnten. Sie sind nur durch persönliche Gespräche zu gewinnen. Sie sollten gerade diese Kleinarbeit nicht zu gering achten. Wenn wir diese Frauen so weit, daß sie doch einmal eine Wahlvereinsversammlung besuchen, so ist damit schon etwas gewonnen; der Schritt zum politischen Interesse ist getan. Ohne diese oft sehr mühsame Werbung von Mensch zu Mensch gehen viele Frauenvereine verloren. Diese Werbung bietet auch denen Gelegenheit, politischen Auffassung, die nicht gern in öffentlichen Versammlungen leben. Ihnen sei besonders die **politische Werbung** besonders empfohlen, weil der unter Umständen mindestens ebenso wirksam geleistet werden kann wie mit großen öffentlichen Wahlveranstaltungen.

## Hausfrauenberufskrankheiten

Es ist erfreulich, daß zur Bewertung der Hauswirtschaft als Beruf heute auch die Erkenntnis bestimmter wichtiger Hausfrauenberufskrankheiten in Betracht gezogen wird. Die Hausfrau, die ihre Arbeit, ihren Körper pflegt und auf die Erhaltung ihrer Gesundheit bedacht ist, leistet ihrer Familie und dem Volksganzen einen größeren Dienst als die Hausfrau, die aus freizeitleistenden Geschäften und Aufopferungsdrang, leider oft genug durch den Mangel an Zeit und Bequemlichkeit der lieben Angehörigen darin besteht, sich Tag und Nacht abzuquälen, mit dem Ergebnis des körperlichen Verfalls und nervösen Zusammenbruchs. Von diesem Standpunkt aus verdient die letzte **Ausstellung** der Zentralverein Hausfrauenvereine besondere Beachtung. Durch die Ausstellung der Gesundheitsämter, die gar nicht oft genug zu sehen sind, weiß die Ausstellung hin auf Wohnungsbedingungen, die für die Gesundheit der Hausfrau, die in der Regel die Hauptarbeit im Haushalt leistet, ungünstig sind. Die Ausstellung zeigt, wie die Hausfrau, die in der Regel die Hauptarbeit im Haushalt leistet, ungünstig sind. Die Ausstellung zeigt, wie die Hausfrau, die in der Regel die Hauptarbeit im Haushalt leistet, ungünstig sind.

## Alle Frauen gegen den Bürgerblock

Werben sich die Frauen am 20. Mai wieder einen Bürgerblock wählen.

Nein! So dumm werden sie nicht sein. Vor allem nicht die Millionen Wählerinnen, die den arbeitenden Schichten angehören. Sie haben in den Jahren der Herrschaft des Bürgerblocks gründlich und täglich erfahren, was es heißt, unter einer Regierung zu leben, die gegen die Interessen der breiten Massen regiert. Bei jeder nur möglichen Gelegenheit wurden den Besitzenden besonders der Großgrundbesitzer, Vorteile ausgeteilt, deren Kosten zum großen Teil von der Arbeiterklasse getragen werden mußten. Großgrundbesitzer und Industrielle haben ihre Breite und damit ihren Verdienst gewaltig erhöht. Damit sie bei diesem Treiben nicht durch die Konkurrenz der billigeren und zum Teil besseren Auslandswaren gefordert wurden, hat der Bürgerblock auf die wichtigsten Auslandswaren hohe Zölle gelegt. Diese Zölle haben im Jahre 1927 rund ein und ein Viertel Milliarde Mark eingebracht. Ein Vielfaches davon aber konnten die Großgrundbesitzer und Industriellen auf ihre Inlandswaren aufschlagen. Mehrere Milliarden müssen also alljährlich, damit der Zollpolitik des Bürgerblocks, über den Weltmarktpreis hinaus, in Deutschland für notwendige Bedarfsartikel gezahlt werden.

Wer diese Milliarden bezahlt? Die Verbraucher, die breiten Massen, die Arbeiterklassen, die Arbeiterinnen vor allem. Diese unermesslich zuviel gezahlten Milliarden bedeuten eine gewaltige Beeinträchtigung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse. Für die Arbeiterinnen bedeutet sie aber noch mehr. Die niedrigen Löhne zwingen die Arbeiterin aus Haushälterische mit jedem Pfennig umzugehen. Durch jede Preiserhöhung wird dieser Zwang zur Sparpolitik immer niedrigerdrückender und aufreißender. Immer mehr Verdienstkraft verbringt die Arbeiterin, um mit ihrem unzureichenden Verdienstsatz ihre Familie vor den schlimmsten Entbehrungen zu bewahren.

Aber nicht nur Zölle und Ueberpreise verringern das Verdienstsatz. Die hohen indirekten Steuern und die noch immer viel zu hohen Lohnsteuer zehren am Arbeiterverdienst. Auf jedem Pfund Zunder liegen fünf Pfennig Steuer.

Zwei Drittel aller Steuern werden von den breiten Massen aufgebracht.

Außerdem für indirekte Steuern und Zölle — ohne Lohnsteuer und ohne die durch die Zölle ermöglichten Ueberpreise — sind die Aus-

gaben eines durchschnittlichen Arbeiterhaushaltes so hoch, daß bei ihrer Erhaltung jede Arbeiterin etwa fünf Mark mehr Verdienstsatz in der Woche haben könnte.

Dafür ging es den Hausbesitzern während der Herrschaft des Bürgerblocks immer besser. Die Mieten stiegen in dieser Zeit von 75 auf 120 Prozent der Friedensmiete.

Wer das alles bezahlt? Ebenfalls die Arbeiterklasse. Der Bürgerblock hat keine Herrschaft damit begonnen, die Besitztümer um rund 2½ Milliarden zu ermäßigen. Seit, am Ende seiner Herrschaft, hat er zwar „aus Sparlichkeit“ fünf Millionen für die Fortsetzung der Kinderleistungen abgelenkt, trotzdem Stichproben in einem Bezirk ergaben, daß 41 Prozent der Schulkinder ohne warmes Frühstück zur Schule kamen und daß 25 Prozent der Kinder kein warmes Mittagessen erhielten. Dafür hat der Bürgerblock um die gleiche Zeit den Bau eines Panzerkreuzers beschließen, der 80 Millionen kosten soll und der den Anfang eines Flottenprogramms bildet, für das die deutschen Steuerszahler 480 Millionen aufbringen sollen.

Noch ist nicht mit dem Bau des bewilligten Panzerschiffes begonnen. Es ist dem Einpruch der preußischen Regierung im Reichsrat gelungen, den Baubeginn bis zum Herbst hinauszuschieben. Die Wahl vom 20. Mai wird entscheiden.

**Wollen wir Frieden oder Panzerkreuzer?**

Wollen wir Bürgerblock oder Gerechtigkeit? Millionen Wähler und Wählerinnen werden am 20. Mai der leitenden Regierung zeigen, daß sie keine Kriegsschiffe und Kanonen brauchen um ihre Feinde zu bekämpfen, daß ihre Feinde der Bürgerblock ist, der am 21. Mai aufgehört haben wird zu existieren. Groß ist die Macht der Wähler und Wählerinnen in einem parlamentarisch regierten Land wie Deutschland. Am 20. Mai werden an vielen Orten getrennte Wahlurnen für Männer und Frauen aufgestellt. Das legt den Frauen die besondere Verantwortung auf, so zeigen, daß sie in den letzten Jahren etwas gelernt haben, daß sie ihre Macht ausnutzen zur Abrechnung mit dem Bürgerblock.

Siehe denende Frau stimmt am 20. Mai für Frieden und Gerechtigkeit! gegen den Bürgerblock! für die Sozialdemokratie!

Anna Geyer.

## § 218

Fastnacht in Frankfurt a. M. Auf dem Mastenballe tanzte ein achtzehnjähriger Arbeiter mit einem gleichaltrigen Rindermädchen. Einige Wochen später gesteht der achtzehnjährige seinem fünfjährigen Vater, die Fastnacht sei an seiner Geliebten nicht heillos vorübergegangen. Sie erwarde ein Kind.

Der Vater packt ein Gewehr. Soll sein achtzehnjähriger Sohn das Schicksal des Vaters teilen? Was nicht auch der Sohn die Frucht einer unehelichen Verbindung? Aus Mitleidenschaft war der Vater eine Ehe eingegangen, der kein Glück und keine Liebe entsprungen war, und die das Leben zweier Menschen zerstört hatte. Die Familie hatte kein frohes Heim; sie war nur eine Zwangsgemeinschaft, weil ja der Vater eine Andere liebte und bei ihr das höchste, was ihm seine Ehe nicht geben konnte. Sollte dieses Los auch den Sohn treffen?

Der Sohn und das Rindermädchen sind mit der Beistimmung der Folgen der Fastnacht einverstanden. Der Vater verweigert die Hilfe. Das Gesetz verbietet es ihm. Der junge Arbeiter droht mit Selbstmord. Der Vater und seine Freundin überreden das schwächere Mädchen zur Fruchtbarkeitskur. Nach langem Hin und Her willigt das Mädchen ein.

Einige Tage später, an einem Nachmittage, wird von unbefannter Seite die Rettungsgesellschaft alarmiert. In einem Hotel liegt eine Schwerkranke. Das Auto fährt vor. Der Portier weist von nichts. Allerdings seien ein Herr und eine jüngere Dame vor etwa einer Stunde abgestiegen, doch sei der Herr bereits wieder fortgegangen. Die Sanitäter gehen in das Zimmer des Paars. Dort liegt das Rindermädchen tot auf dem Bivouac. Die Wundärztin wird alarmiert. Der Sohn wird verhaftet.

Der Vater gesteht seiner Freundin, er selbst habe ohne Wissen seines Sohnes das Mädchen in das Hotel geführt. Bei dem Abtreibungsversuche sei ihm die achtzehnjährige unter den Händen gestorben. Verzweifelt rennt der Vater in der Stadt umher. Er will den Sohn retten, ruft die Polizei an und schließt seine Aussage mit den Worten: „Jetzt gebe ich nach Hause und erdricke mich.“ Bis die Polizei in die Wohnung kommt, ist der Vater bereits tot. Eine leere Kognakflasche und ein Revolver liegen neben ihm. Der Bruder des Toten kommt von weither zur Beerdigung, wird irrsinnig und muß in eine Anstalt gebracht werden.

Vor Gericht stehen der Sohn und die Freundin des Vaters unter der Anklage der Anstiftung zur Abtreibung. Der Sohn erhält vier Monate, die Freundin sechs Wochen Gefängnis. Die Strafe wird bedingt erlassen. Das Gericht will leben, „ob sich die Verurteilten bewähren“.

Auf jeden Fall hat sich der § 218 bewährt. Prof. Altmeyer.

## Das Lilienfischchen

Es ist bekannt, daß die Chinesin ihr ganzes Glück darin sieht, ein kleines Fischchen, ein „Lilienfischchen“ zu haben. Unbegreiflich scheint uns dieses Streben. Warum denn nur dieser eigenartige Wunsch?

In der Münchener med. Wochenchrift bringt Dr. Hartmann aus Changsha eine Arbeit über das chinesische Liebesleben, das uns in die Urzeit dieser Vervollkommenung der Frauen und Mädchen führt. Es war ein Wunsch- und Herrinnen, der dahinter steckte. „Zur unehelichen Eheliche des Mannes“ sollte die Frau gemacht werden. Ein niedriger Herreninstinkt war die treibende Kraft.

Wir lachen über diese Produkte solchen Wunsches und Größens. Und doch sind so viele Frauen heute auch bei uns nicht grundfänglich anders. Sie lassen sich freudig von Nacht und merken es nicht. Erst die politische reife Frau hat dieses Stadium der Frauenunterdrückung überwunden.

## Verschiedenes

Die Liebesbriefe der Madeline Smith. Im Alter von weit über 80 Jahren starb kürzlich in Amerika Madeline Smith, die im Jahre 1857 durch einen aufsehenerregenden Prozeß allgemein bekannt geworden war. Sie war angeklagt gewesen, ihren früheren Geliebten, zu dem sie die Beziehungen abgebrochen hatte, vergiftet zu haben, weil er sich geweigert hatte, ihr ihre Liebesbriefe zurückzugeben, und ihr weiter nachgestellt hatte. Madeline Smith wurde jedoch freigesprochen, weil nicht bewiesen werden konnte, daß kein Selbstmord vorlag. Die öffentliche Meinung stand damals auf der Seite der Angeklagten, und man brachte ihr begeisterte Kundgebungen dar. Der Prozeßbericht ist später in Buchform veröffentlicht worden, und ganz kürzlich sind auch die umfangreichen Liebesbriefe erschienen, in denen die Verfallenen mit einer für ihre Zeit bemerkenswerten Offenheit die Sexualverhältnisse behandelt. Madeline Smith hat später in den Vereinigten Staaten einen Künstler geheiratet und sich dem Sozialismus bekannt.

## Sorge um das Proletarietkind

Von dem Gedanken getragen, daß unsere Kinder unsere Zukunft sind, ist die sozialistische Gemeindeverwaltung in Wien daran gegangen, ihre ganz besondere Sorge dem Proletarietkinde zuzuwenden. Diese Sorge erstreckt sich nicht allein auf den Schulgang, sondern sie nimmt sich auch des Kleinkindes an, der Altersklassen zwischen dem zweiten und dem sechsten Lebensjahre. Auch in diesen Altersklassen ist die Kindersterblichkeit groß. Noch größer aber sind die schweren Schädigungen, die das Kleinkind erfährt durch Berufstätigkeit der Mutter oder dem Hause, Unkenntnis der Mutter auf dem Gebiete der Kinderpflege, finanzielle Unmöglichkeit, das Kind vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren, vor allem aber durch die Wohnungsnot. Schäden, die die Kinder in diesen Altersklassen erleiden, bleiben im ganzen weiteren Leben wirksam. Hier eingreifen ist die Aufgabe der Gesellschaft.

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien ist hier schon früh an die Arbeit gegangen. Sie hat die bereits bestehenden öffentlichen Kinderärzte übernommen, in Volksgärten verlegt, umgewandelt und beträchtlich vermehrt, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit in einem Arbeiterhaushalt. Eine Muttererleichterung ist das Kinderparadies im Wohnviertel, das auf modernste mit Spielplätzen, Spielhäusern und Häusern ausgestattet ist. Sehr reichlich sind auch die Kindergärten und Kinderhorten in den bekannten großen Wohnhausneubauten der Gemeinde Wien, die zum Teil von den „Kinderfreunden“ betreut werden. Es ist eine Freude, die kleine Gesellschaft gesund und robustig sich zwischen den kleinen Tischen und Bänken, in den modernen und hygienisch einwandfreien Räumen eines solchen Kindergartens bewegen zu sehen. Was hier heranwächst, ist ein stämmiges, lebensfähiges Kind. Da bei den Volksgärten hauptsächlich an solche Kinder gedacht ist, deren Eltern tagüber außerhalb des Hauses tätig sind, so umfaßt der tägliche Arbeitsplan die Zeit von morgens 7 bis ebenfalls 6 Uhr. Er schließt auch die tägliche Spielzeit der Kinder ein, und ebenso ist in sämtlichen Kindergärten für Liegestühle gesorgt. Ueber die sanitären Verhältnisse und den Gesundheitszustand der Kinder wachen in sämtlichen Kindergärten Tugendärzte der Stadt Wien.

Gerade im Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot wäre es auch bei uns in Deutschland in höchstem Grade wünschenswert, daß die künftigen Behörden sich die Schaffung hygienisch einwandfreier Volksgärten in allen Bezirken einer Stadt angelegen lassen könnten, damit unsere Kinder, die vielfach unglücklich unter dem Glend im Elternhause zu leben haben, den Tag über einen menschenwürdigen, den heutigen Ansprüchen an Hygiene, Kinderpflege und Wohnung entsprechenden Aufenthalt finden. Auch in Wien macht sich noch immer eine starke Reaktion bemerkbar, und Privatkindergärten dieser Art — „Konzeptionsierter Privatkindergärten zur Erziehung dreier bis sechsjähriger christlicher Knaben und Mädchen bürgerlichen Mittelstandes. Auf Wunsch auch Mittagskost unter pädagogischer Aufsicht“ — sind auch dort keine Seltenheit, ebenso wie es dort Privat-Volksschulen gibt, vor deren Türen sich zur Mittagszeit das elegante Wien beim Abholen der Kinderchen ein Redenswort gibt und eine Anzahl eleganter Privatautos beinahe auf irgendeine literarische Matinee schlafen. Trotzdem hat sich die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung von Wien die Errichtung und Pflege der Volksgärten in arbeitsfähiger Weise zur Aufgabe gestellt, und was sie in der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien, diesem prachtvoll moderner Kuriore, geschaffen hat, ist in keiner Art ohne Beispiel und entspricht in seiner genialen Ausführung allen hygienischen, medizinischen und technischen Anforderungen, die an eine solche Einrichtung gestellt werden können.

Die Kinderübernahmestelle übernimmt Kinder bis zum 14. Lebensjahre, wenn die häuslichen Verhältnisse dies erfordern. Nach einer Aufstellung des Wiener Magistrats fanden im vorletzten Jahre dort 3324 Kinder Aufnahme, teils wegen Aufenthalt der Angehörigen im Krankenhaus, teils wegen Armut, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Straftat der Eltern und aus anderen Gründen. „Im Leben mancher Proletarietkinde ist die Kinderübernahmestelle der Gießlerstraße der Stadt Wien, die Höhe des Glücks“, heißt es in einer kleinen Schrift. Die von Wiener Magistrat herausgegeben worden ist. Wer dieses groß angelegte Werk gesehen hat, der wird dieses Glück verstehen können, und in vielen Beziehungen wird der Wunsch nach werden. Wenn doch auch unsere Städteverwaltung die Sorge um das Proletarietkind so nahe an Dutzend läge, wieviel Wertvolles könnte erheben, und wieviel Kinderelend würde gemildert werden! Hilde Grever